



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/76

30. Juni 1949

Die letzte FV-Sitzung vor dem 14. August

Schumacher über Paris - Wahlauf Ruf diskutiert

Am 29. und 30. Juni tagte der Vorstand der SPD vermutlich zum letzten Mal vor den Wahlen zum westdeutschen Bundesparlament am 14. August.

Eingeleitet wurden die Beratungen durch ein Referat des Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher über das Ergebnis der Pariser Außenministerkonferenz. Schumacher war skeptisch gegenüber der im Ausland vielfach vertretenen Ansicht, dass das Ergebnis von Paris einen Erfolg darstelle und eine wesentliche Entspannung der politischen Atmosphäre gebracht habe. Die Russen hätten, vor allem im Hinblick auf die Situation in den Satellitenstaaten, in Paris auf eine Atempause taktiert und zumindest in diesem Punkt Erfolg gehabt.

Zu den ausländischen, insbesondere französischen Bestrebungen, in einem bestimmten Sinne auf die innerdeutsche Entwicklung Einfluss zu nehmen, erklärte Dr. Schumacher: "Eine Föderalisierungspolitik mit dem Ziel einer absoluten Schwächung Deutschlands kann von der Sozialdemokratie nicht als Grundlage einer vernünftigen politischen Arbeit anerkannt werden. Eine künftige westdeutsche Bundesregierung mag nach ihrer Parteienzusammensetzung aussehen wie sie will, es wäre aber in jedem Falle verwerflich, wenn man bei ihrer Bildung auf Pressionen der Besatzungsmächte eingehen wollte."

Sich neu anbahnende wirtschaftliche Beziehungen zwischen West- und Ostdeutschland müssten eindeutig unter der Verantwortung der Alliierten stehen, denn jeder Warenverkehr vom Westen nach dem Osten unterliege russischen Einwirkungsmöglichkeiten. Aus einer Belebung der ökonomischen Beziehungen dürfe in keinem Fall auf die politisch-moralische Anerkennung der östlichen Verhältnisse geschlossen werden.

An die Rede Dr. Schumachers schloss sich eine kurze Diskussion.

Mehrere Punkte der Tagesordnung standen im Zusammenhang mit Fragen der Wahlvorbereitung. Es wurde der Entwurf eines Wahlauf Rufes der SPD vorgelegt und gründlich diskutiert. Ein Redaktionskomitee wird geäußerte Ergänzungswünsche einbauen. Mit der Bekanntgabe des Auf Rufes ist in gut einer Woche zu rechnen.

Die Benennung der Kandidaten für die Bundestagswahlen wird voraussichtlich Mitte Juli vollständig sein. Es wurde nochmals unter-

strichen, dass Kandidaturen von Landesministern und Abgeordneten in Landtagen für das kommende Bundesparlament nicht zulässig sind, wenn nicht in Einzelfällen entscheidende Gründe eine Doppelkandidatur doch ratsam erscheinen lassen.

Der Parteivorstand befasste sich noch einmal mit den Beschuldigungen, die gegen das Vorstandsmitglied Herbert Kriedemann erhoben worden sind. Sie stellen nach der einhelligen Ansicht des Parteivorstandes nichts anderes als den Versuch politischer Gegner der Sozialdemokratie dar, an Beginn des Wahlkampfes aus einem Material Nutzen zu ziehen, das auch ihnen seit Jahren bekannt ist. Irgend welche neuen Momente sind auch in dem kürzlich in Hannover geführten Verfahren nicht aufgetaucht, so dass der Parteivorstand keine Veranlassung hatte, von seinem bisherigen Standpunkt abzugehen, den er bereits im Frühjahr 1948 als Ergebnis gründlicher Untersuchungen eingenommen hatte. Damals sprach der Parteivorstand bei einer Stimmenthaltung Kriedemann das Vertrauen aus.

Nach einem Bericht Waldemar von Knöringens wandte sich der Parteivorstand entschieden gegen die Einrichtung von Flüchtlingskreisen in Bayern, ^{die} ein direkter Verstoss gegen Sinn und Wortlaut des Bundeswahlgesetzes sei. Die Flüchtlinge würden dadurch zu Staatsbürgern zweiter Klasse gestempelt, wogegen sich die SPD stets gewandt habe.

Der Parteivorstand billigte dann aus Gründen, die mit dem Verhalten der CDU zusammenhängen, den Beschluss des Bezirksvorstandes Schleswig-Holstein, bei den kommenden Bundestagswahlen kein Wahlbündnis mit der CDU einzugehen, wie es bei den letzten Gemeindewahlen in diesem Lande bestanden hatte.

Schliesslich wurde die Entsendung von Delegationen zu verschiedenen internationalen Tagungen beschlossen. Danach werden an einer Expertenkonferenz der Sozialistischen Internationale (COMISCO) im September in Schweden, bei der eine Reihe praktisch sehr wichtiger wirtschaftspolitischer Fragen behandelt werden sollen, von der SPD teilnehmen die Wirtschaftsminister von Hessen, Harald Koch und von Schleswig-Holstein, Ludwig Preller, sowie der wirtschaftspolitische Referent beim Parteivorstand, Rudolf Pass. Zur Teilnahme am Parteitag der französischen Sozialisten vom 15. bis 18. Juli in Paris wurden Franz Böglér, Neustadt a.d.H., Willi Eichler-Köln und Franz Neumann, Berlin bestimmt. Es ist das erstmal nach dem Ende des Krieges, dass eine sozialdemokratische Delegation als offizielle Parteivertretung an einem französischen Parteitag teilnimmt. Schliesslich werden zum 25. Kongress der dänischen Sozialdemokratie vom 4. bis 7. September Herta Gotthelf, Erich Ollenauer und Andreas Gayk-Kiel nach Aarhus fahren.

Kommunisten blieben den Beweis schuldig

Feststellungen einer Urteilsbegründung

sp. Für die Sozialdemokratische Partei gibt es keinen "Fall Kriedemann", sondern nur den Fall Müller. In dem Urteil gegen den Kommunisten Kurt Müller, der wegen übler Nachrede angeklagt worden war, hat das Landgericht Hannover in der jetzt vorliegenden Urteilsbegründung Feststellungen getroffen, die geeignet sind, die Verleumdungen von kommunistischer Seite zu widerlegen.

In einer Wahlrede hatte Müller behauptet, Kriedemann sei "Gestapospitzel" gewesen, er habe illegale Kämpfer an die Schergen der Gestapo ausgeliefert und sich durch Anmeldung als Opfer des Faschismus des Betruges schuldig gemacht. Dazu stellt das Gericht fest: "Es ist im Sinne der Behauptung des Angeklagten nicht zu beweisen gewesen, dass Kriedemann echter "Gestapospitzel" war und dass er illegale Kämpfer der Gestapo auslieferte. Infolgedessen ist auch der ihm gemachte Vorwurf des Betruges gegenüber dem Hauptausschuss für Opfer des Faschismus nicht als begründet anzusehen. Er ist tatsächlich selbst ein solches Opfer gewesen".

In dem vorliegenden schriftlichen Urteil heisst es: "Kriedemann war und ist ein eifriger und überzeugter Sozialdemokrat; er ist offensichtlich auch ein kluger und gewiegener Politiker. Es spricht nichts Verlässliches dafür, dass er sich durch die Scheinerfolge der NSDAP habe blenden lassen oder dass er mit den politischen Gegnern gar als Geschäftemacher unter Verrat seiner Überzeugung und seiner Gesinnungsgenossen habe anbinden wollen".

Zu der verleumderischen Behauptung der Kommunisten, Kriedemann sei wegen seiner "Tätigkeit für die Gestapo" vom Volksgerichtshof glimpflich behandelt worden, stellt das Gericht fest, es sei nicht von der Hand zu weisen, "dass Kriedemann tatsächlich die Staatspolizei und die Gerichte mit seiner ausserordentlich geschickten, folgerichtig durchgeführten Verteidigung und seinem sicheren Auftreten über sein wahres Tun und Denken getäuscht hat".

"Kriedemann kämpfte buchstäblich um seinen Kopf", heisst es weiter. Was die Aussagen vor der Gestapo angehe, "so sind aber tatsächlich keine Umstände hervorgetreten, die ernsthaft einen Verdacht gegen Kriedemann dahin erregen könnten, dass er Menschen an Ihre Verfolger habe verraten wollen". - "Es fehlt jeglicher Beweis dafür, dass Kriedemanns Angaben, irgend jemanden in die Fänge der Gestapo gebracht hätten, wie der Angeklagte in seiner Rede behauptet hatte".

Die Vernehmung zahlreicher Zeugen hat eindeutig erwiesen, dass Kriedemann die Verbindung zur Gestapo während der Zeit seiner Emigration in Holland nicht auf eigene Faust, sondern nach einer Aus-

sprache mit seinen politischen Freunden aufnahm, dass diese dem Schritt zustimmten und dass einer von ihnen das einzige geführte Gespräch abhörte. Dazu stellt das Gericht fest: "So hat der Zeuge Schneider glaubhaft bekundet, dass Kriedemann vor der Besprechung mit dem Gestapo-beamten gemeinsam mit van Looi, Mozer und Blumenberg über die Zweckmässigkeit der bevorstehenden Begegnung beraten habe. Man habe sich schliesslich dahin geeinigt, dass das Treffen durchgeführt und Mozer es abhören sollte. Tatsächlich habe auch Mozer die Unterredung Kriedemanns mit Sattler überwacht. Kriedemann habe anschliessend über die Unterhaltung berichtet, was auch der Zeuge Blumenberg bestätigt hat. Diesen Hergang hat auch der Zeuge van Looi glaubhaft bekundet. Er halte es bei seiner Kenntnis Kriedemanns für ganz ausgeschlossen, dass dieser seine illegalen Mitkämpfer verraten und seine Emigrantenfreunde hintergangen habe". Von den Zeugen, die die Verteidigung des Kommunisten Müller beigebracht hatte, heisst es ausnahmslos, dass sie für ihre Behauptungen Tatsachen nicht hätten bekunden können.

Das Gericht kommt zu dem Schluss, dass "der Angeklagte Müller im wesentlichen nicht erweislich wahre Tatsachen behauptet hat". Bei der Prüfung der Frage, ob der Angeklagte Müller in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, hat das Landgericht es aber "nach dem persönlichen Eindruck des Angeklagten für ausgeschlossen gehalten, dass es ihm wesentlich darauf ankam, durch die Enthüllungen Wahlerfolge zu erzielen und den Gegner bloeszustellen". Daher kam das Gericht zu dem Freispruch des Kommunisten Müller.

Kalte Christenverfolgung

sp. Auf der Höhe der Bonner Grundgesetzverhandlungen fanden auch die Versuche, das Zentrum in die CDU einzugliedern, ihren Höhepunkt und einen vorläufigen Abschluss durch den Beschluss der Zentrumsdelegierten, die Selbständigkeit der Partei zu erhalten. Damit hat die CDU aber keineswegs ihren Kampf um die Liquidierung des Zentrums aufgegeben, denn mag es in rein kirchlichen Fragen auch ein noch so guter Partner und zuverlässiger Mitarbeiter sein, in allen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik möchte man es doch in die völlige Abhängigkeit des "Frankfurter Kurses" zwingen. Das kann nicht gelingen, solange das Zentrum sein Eigenleben führt.

Der Hebel, den man ansetzte, war der Kampf um das Wahlgesetz. Ohne Scham gab man zu, ein Wahlsystem anzustreben, das zwar ungerecht sei, die Minderheiten, also ausser den kleinen Parteien auch die Vertriebenen benachteilige, aber angeblich klare Mehrheiten - natürlich meinte man die eigene - brächte. Als das misslungen war, (Bonn bekannte sich zu einem gerechten Wahlrecht), verfälschte man dieses Wahlgesetz auf dem Umwege über die Ministerpräsidentenkonferenz. Der neue Schlag gegen das Zentrum war die Sperrklausel.

Nach diesem Schlag kommt die Spitzenleistung demagogischer Torpedierkunst. Jetzt macht man mit dem Hinweis auf den eventuell möglichen Verlust "christlicher Stimmen" dem gleichen Zentrum einen Vorwurf, nachdem man selbst dieses Risiko in das Wahlrecht einbaute, um aus rein parteiegoistischen Gründen einen lästigen Konkurrenten zu erledigen.

Schumans Partei rückt nach links

A.F. Paris, Ende Juni 1949

In den letzten Wochen hat sich parteipolitisch in Frankreich ein neues Bild herauskristallisiert. Der wichtigste Wandel betrifft zweifellos die gaullistische Sammelbewegung. Als de Gaulle seine Bewegung gründete, bot er sich allen Klassen und Richtungen als überparteilicher Retter an. Die Parteien der Mitte und der Rechten, mit Ausnahme der Volksrepublikaner, gestatteten ihren Mitgliedern den Beitritt zur Sammelbewegung. Nach und nach wurde jedoch der Gaullismus zur politischen Partei, besonders als sich die Aussichten der Machtergreifung immer mehr verringerten. Als erste haben im letzten Jahr die Radikalsozialisten ihre Parteidisziplin verstärkt, ohne dass es ihnen jedoch gelungen wäre, die "politische Bigamie" völlig auszuschalten. Nun hat dieser Tage die kleine, bisher mit den Gaullisten sympathisierende Partei Flevens einen Trennungstrich gezogen und die dem General ergebenen Elemente ausgeschlossen.

Die Verwandlung der gaullistischen Sammelbewegung in eine Partei beraubt sie der letzten antiparlamentarischen Erfolgsmöglichkeit. Die Stärke des Generals ist sein nationales Prestige. Als Parteiführer wird er kaum über die erforderliche Anziehungskraft verfügen. Es ist auch nicht anzunehmen, dass er bereit ist, diese allzu politische Rolle zu spielen. Ein Teil seiner Mitarbeiter dürfte in absehbarer Zukunft zu den alten Formationen zurückkehren, d.h. in die klassischen, konservativen Rechtsgruppen. Die dann noch verbleibenden Politiker sind mehr oder weniger Abenteurerernaturen, deren Einfluss in Frankreich zwangsläufig beschränkt ist.

Eine weitere bemerkenswerte Wandlung ist der entschiedene Linksruck der Volksrepublikaner. In den ersten Nachkriegsjahren hat diese Partei einen Grossteil des französischen Bürgertums hinter ihren Fahnen gesammelt, das sie bei den letzten Wahlen verloren hat. Die Volksrepublikaner haben nicht den Versuch unternommen, ihre kurzfristigen Anhänger durch eine Rechtsorientierung zurückzuerobern. Sie sind ihrer christlich-fortschrittlichen Haltung treu geblieben, und auf ihrem letzten Parteitag in Strassburg haben sie diese Linkswendung sehr stark unterstrichen. Sie konnten seither weitere Verluste vermeiden. Das gilt auch für die Sozialisten, deren Ansehen mit den wirtschaftlichen Erfolgen der Regierung steigt und die ausserdem, was am wichtigsten ist, das stark erschütterte Selbstvertrauen wiedergewonnen haben. In diesem Zusammenhang ist der Versuch Léon Blums, durch die Rückkehr zum Mehrheitswahlrecht der Partei neue Energien einzuflössen, bemerkenswert.

Gewisse Beachtung verdient schliesslich die augenblicklich noch sehr schüchterne Annäherung zwischen Sozialisten und Volksrepublikanern. In beiden Parteien denken wir an liberale und politisch weit-

sichtige Politiker an die Möglichkeit einer Verschmelzung. Wirtschaftlich und sozial gibt es fast keine Gegensätze, die einzige Trennungsmauer ist die Einstellung der Sozialisten zur Kirche. Wieweit diese Gedanken heute schon gediehen sind, geht aus einem in der Zeitung der Volksrepublikaner, "L'Aube", veröffentlichten Leitartikel hervor: "Wir sind überzeugt, dass allein die tiefgehende Versöhnung und dann die dauernde Allianz des sozialen Humanismus und des christlichen Humanismus im Frankreich des XX. Jahrhunderts der Republik die Jugend zurückzugeben vermag".

Flüchtling, Wohnung und Ministerium

sp. Es gibt Nachrichten, aus denen der Flüchtling vielleicht mehr herausliest, als eigentlich darin steht. Aber wer will ihm das übelnehmen, er ist in den fast vier Jahren, in denen man ihn nun schützte, ihm half, seine Lasten ausglich und ihn immer wieder feierlich zum Neubürger ernannte, überkritisch geworden. So las er in diesen Tagen nachdenklich zwei Meldungen, deren eigentlicher Sinn ihm nur schwer verständlich war.

Die eine dieser Nachrichten gab eine Rede Dr. Konzars wieder, der sich bei den rheinischen Haus- und Grundbesitzern für die freie Wohnungswirtschaft aussprach. Der Flüchtling, der in seiner Mansarde hockt, in einer nassen Baracke vegetiert, mit fünf Menschen in einem Raume haust, kann sich leicht ausmalen, was das für ihn bedeutet. Soll er aber das Freiwild einer "freien" Wirtschaft werden, die nach der Willkür der Lebenskosten auch noch die zweite Willkür gegenüber seinem kargen "Lebensraum" proklamiert? Weiss Dr. Adenauer eigentlich nicht, wieviele Flüchtlinge heuteschon - besonders auf dem Lande - weit höhere Mieten zahlen, als zulässig ist, nur "um Frieden im Hause zu haben"? Sind ihm die vielen grossen und kleinen Schikanen bekannt, die Vorläufer einer freien Wohnungswirtschaft sind? Weiss er nicht, wofür erschreckender Prozentsatz der Einnahmen heute schon von der Miete verschlungen wird? Die zweite Meldung ist vielleicht noch undurchsichtiger: Dr. Pünder hält Sonderministerien für Flüchtlinge und Wiederaufbau für "unangebracht". Eine weitere Begründung wird nicht gegeben, vielleicht hat Herr Dr. Pünder plausible Gründe... der Flüchtling kennt sie nicht. Er hat nur das Gefühl, dass wiederum sein Problem "nebenbei" erledigt werden könnte. Er hat ja Jahre hindurch die "Erledigung nebenbei" kennengelernt. Warum soll es nicht weiter so bleiben? Gewiss, ein Ministerium ist nicht der Weisheit letzter Schluss, praktische Massnahmen können sicherlich mehr erreichen, als vielleicht wiederum nur eine erneute Bürokratisierung durch Verwaltungsstellen, aber der durch die jaardlange Vernachlässigung schon "explosiv" gewordene Flüchtling sieht in einer derartigen abrupten und kategorischen Feststellung, die ihm nicht einmal Gründe mitteilt, verständlicherweise nur das Negative.

-er

Schumacher vor der Presse

Antworten zur Frage der Innen- und Aussenpolitik

Im Anschluss an die Vorstandssitzung der SPD am 29. und 30. Juni beantwortete Kurt Schumacher in einer Konferenz Fragen der sehr zahlreich erschienenen Journalisten zu Themen der Vorstandssitzung selbst, wie vor allem zu allgemeinen politischen Fragen.

Zu der Proklamierung von Bonn mit umliegenden Gebieten zu einer freien Zone erklärte Schumacher, dass davon der Standpunkt der SPD in der Bundessitzungs-Frage unberührt bleibe. Was heute für Bonn geschehen sei, könne morgen für irgendeine andere Stadt gelten. In jedem Falle werde die Fraktion der SPD im kommenden Bundestag die Frage des provisorischen Bundessitzes neu anschnitten, zumal es sich um eine hochpolitische Angelegenheit handele. Denn es komme darauf an, in der kommenden staatlichen Konstruktion wieder die Verwaltung stärker, als es bisher möglich war, unter die politische, das heisst, unter die Kontrolle der gewählten Vertreter des deutschen Volkes zu stellen. Ebenso wird die SPD mit aller Entschiedenheit für die Bildung eines eigenen Flüchtlingsministeriums eintreten.

Dr. Schumacher übte dann im Anschluss an eine Frage, die sich auf seine Bemerkung in einem Kommentar zum Ende des Eisenbahner-Streiks bezog und in der er von der mangelnden Verlässlichkeit der westlichen Alliierten beim Schutz Deutscher vor dem Totalitarismus gesprochen hatte, erneute Kritik am Verhalten der Alliierten. Man könne nicht eine Entscheidung treffen, die auf der Vertragstreue eines notorisch vertragsbrüchigen Gegners basiere. Das aber sei geschehen. Das Verhältnis zwischen den Alliierten und den gutwilligen Deutschen sei gerade in letzter Zeit sehr erheblich getrübt worden, vor allem durch das Verhalten der Alliierten in der Frage der anhaltenden Teilung Deutschlands und in der Demontage. Auch eine solche Rede, wie sie kürzlich der britische Aussenminister gehalten habe, könne nicht dazu dienen, die deutsche Neigung zur Demokratie zu stärken.

Auf die Frage, die sich auf die letzten Ereignisse in Bayern bezog, erklärte Schumacher, die bayerischen Sozialdemokraten haben, so lange sie bestehen, aus eigenem Willen und eigener Erkenntnis immer auf der Linie des Parteivorstandes gestanden, wenn es auch einzelne Persönlichkeiten gibt, die zu mancher Frage kritisch eingestellt wären. "Wir haben die Verhältnisse in Bayern stets sehr sorgfältig behandelt, und wir können in keinem Fall in den Verdacht gebracht werden, dass wir versucht hätten, autoritär Einfluss zu nehmen. Die Linie von Rosenheim sei auch die der bayerischen SPD, auch die des Herrn Dr. Högnner, wie er selbst erklärt hat. Schumacher habe auch nie, wie behauptet, das bayerische

Volk beleidigt. Das läge ihm völlig fern. "Die Kreise, die wir apostrophiert haben, haben recht derb reagiert. Aber Grobheit ist besser als Perfidie. Das Bayerntum respektieren wir, zumal Bayern das einzige echte deutsche Land mit geschichtlicher Tradition ist. Aber das Überbayerntum mit seinen seltsamen Gepflogenheiten lehnen wir ab.

Zur Frage der deutschen Einheit erklärte Schumacher, deutsche Kräfte könnten dieses Problem nicht lösen, an dem auch die drei stärksten Faktoren der Welt gescheitert seien und man solle nicht so töricht sein, die Verantwortung an diesen Tatbestand irgendeinem Deutschen zuzuschieben. "Die Deutschen können nichts anderes tun, als das Prinzip der nationalen Einheit und die Voraussetzungen, auf denen sie realisiert werden muss, zu proklamieren und gegenüber jedem zu vertreten. Dieses Prinzip ist die staatsbürgerliche und politische Freiheit jedes einzelnen in allen Zonen."

Schliesslich lehnte Schumacher mit Nachdruck die summarische Übernahme des grössten Teiles des früheren Diplomatischen Korps an ein künftiges Aussenamt ab. "Die traditionelle Diplomatie wird von uns nicht gutgeheissen, jeder einzelne Fall muss dann zumindest genau überprüft werden. Vor allem bedankt sich das Ausland für die Rückkehr so belasteter Figuren."

Im Anschluss an eine Äusserung von Dr. Adenauer, dass er auf keinen Fall ^{an} eine Koalition mit der SPD denke, erwiderte Schumacher, über diese Frage werde man erst nach den Wahlen sprechen können. Natürlich kämpfe jede Partei um eine maximale Geltung, aber die Regierungszusammensetzung hänge vom Wahlausgang ab, für die SPD weiter davon, wie die anderen Parteien das Regierungsprogramm der SPD aufnehmen würden. Das Koalitions-Prinzip zu verweigern, wenn man nicht die absolute Mehrheit habe, sei unsinnig. Aber in eine Koalition hineinzuschlittern, nur um dabei gewesen zu sein, und aus einem falschen Verantwortungsgefühl heraus die Verantwortung für Dinge zu übernehmen, die von anderen geformt, aber im Grunde abgelehnt werden, sei eine für jede Demokratie höchst gefährliche Methode.

- - - - -